

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vor einem Jahr, als wir uns ebenfalls hier in der Rheinhalle zum Jahresempfang getroffen haben, war die Welt trotz bereits deutlich absehbarer Flüchtlingsproblematik scheinbar noch in Ordnung. Von der Finanzkrise und dem EU-Sorgenkind Griechenland redete kaum noch jemand, man hatte sich daran gewöhnt laufend negative Nachrichten von dort zu hören. Die Wirtschaft boomte; aufgrund der historisch niedrigen Zinsen, waren Investitionen kein Problem. Die Arbeitslosigkeit war niedrig und die Aussichten, trotz der Einführung des Mindestlohns, rosig. Die Deutschen konsumierten wie schon lange nicht mehr, der Export lief rund.

Und heute? Ist die Welt heute nicht mehr in Ordnung? - Zumindest ist sie aus meiner Sicht schwieriger geworden. Insbesondere das Flüchtlingsproblem ist in allen Kommunen angekommen, nicht nur dort, wo Erstaufnahmeeinrichtungen vorhanden sind, wenn auch in manch einer Gemeinde das ganze Ausmaß noch nicht im Bewusstsein aller verankert ist. Umso wichtiger ist es die Diskussion zu versachlichen und das heißt, Dinge weder zu verschweigen, noch sie pauschal zu dramatisieren. Hier zeigt sich das Dilemma zwischen verständlicher Information und umfassender Behandlung komplexer Sachverhalte – es ist eben nicht alles schwarz oder weiß!

Wer in der Flüchtlingsfrage ernst genommen werden will, muss zunächst einmal bereit sein zuzugestehen, dass auf zwei unterschiedlichen Ebenen diskutiert werden muss. Natürlich ist es legitim zur Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden unterschiedliche Meinungen zu haben, natürlich ist es legitim diese Meinungen auch zu äußern und kontrovers zu diskutieren. Selbstverständlich kann es nicht zur dauerhaften Praxis werden jährlich eine Million Flüchtlinge aufzunehmen und damit die Kommunen und ihre Einwohnerschaft zu überfordern. Selbstverständlich ist auch, dass in der EU nicht nur bei der Verteilung von Fördermilliarden Solidarität herrschen, sondern diese auch beim Tragen von Lasten, wie jetzt bei der Flüchtlingsaufnahme, eingefordert werden muss. Es mag unterschiedliche Wege zur Einschränkung des Flüchtlingsstroms geben, die zu prüfen sind. Auch darüber muss diskutiert werden.

Aber dabei muss ebenfalls und ganz deutlich darüber geredet werden, wie diese Alternativen mit den bestehenden gesetzlichen Regelungen, unserem christlichen Verständnis und unserer humanitären Gesellschaftsordnung vereinbar sind. Voraussetzung für eine sachgerechte Diskussion ist ebenso zu akzeptieren, dass Asylbegehrende nicht unisono Wirtschaftsflüchtlinge oder potentielle Terroristen und Straftäter sind, sondern zum überwiegenden Teil Menschen, denen das Leben in ihrer angestammten Heimat durch Krieg und Terrorismus unmöglich gemacht wurde. Umgekehrt heißt das aber auch nicht, dass man alles durch die rosarote Brille betrachten darf; dass es unter den Flüchtlingen auch Menschen gibt, die kein Interesse daran haben Teil unserer Gesellschaft zu werden, sondern unser Mitgefühl und unsere Hilfsbereitschaft durch Straftaten oder Leben in einer Parallelwelt lediglich ausnutzen. Auch dies muss in der Diskussion deutlich angesprochen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe unumwunden zu, auch ich habe kein Patentrezept für das Flüchtlingsproblem und auf viele der oben angerissenen Fragen keine befriedigenden Antworten. Solche findet man aus meiner Sicht aber auch keinesfalls durch „gedankenloses Teilen von Facebook-Posts“, durch „Wir sind das Volk“ und „Merkel raus“-Rufe bei PEGIDA-Demonstrationen oder durch Weiterverbreiten von Gerüchten und bewussten Falschmeldungen an Stammtischen; natürlich aber auch nicht durch Ignorieren oder Totschweigen von Problemen. Wir Bürgerinnen und Bürger dürfen Antworten von den gewählten Politikern verlangen, wir dürfen fordern, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden, wir müssen aber auch akzeptieren, dass es Zwänge in der realen Welt gibt, die nicht durch eine Pressemitteilung oder einen einfachen Kabinettsbeschluss beseitigt werden können. Wer in der Politik die einfachen Lösungen propagiert, kann nur kurzfristig mediale Erfolge erzielen, macht sich aber längerfristig unweigerlich unglaubwürdig. Wer andererseits mehr Bürgerbeteiligung fordert, damit aber unterstellt, dass nur seine Meinung gilt, und nicht bereit ist, sich umfassend zu informieren und Argumente abzuwägen, hat von Demokratie nichts verstanden.

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die erste Ebene, die bundes- oder meinetwegen auch europa- und weltpolitische. Wie alle Gemeinden sind auch wir in Eggenstein-Leopoldshafen mit der Realität auf der zweiten Ebene, der kommunalen, konfrontiert. Unabhängig von der weiteren Gesamtentwicklung sind aktuell alleine aus dem Jahr 2015 ca. 1,1 Mio. Flüchtlinge in Deutschland, lediglich weniger als 500.000 davon sind inzwischen erfasst und konnten einen Asylantrag stellen. Die Kommunen werden demzufolge in den nächsten Jahren eine große Anzahl von Bleibeberechtigten in der Folge- und der Anschlussunterbringung versorgen müssen. Auch wenn es hier noch Einiges bezüglich der Verteilung dieser Menschen auf Bundesländer, Regierungsbezirke und Landkreise zu klären gibt, bedeutet das eine große Herausforderung für alle Städte und Gemeinden. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen. Wir, als Gemeindeverwaltung, als Gemeinderat haben da überhaupt keinen Entscheidungsspielraum. Anders als bei der Erstaufnahme und Folgeunterbringung, wo es um ein Dach über dem Kopf, die Registrierung und Asylbearbeitung geht, sind die Bleibeberechtigten in den Kommunen längerfristig unterzubringen, aber auch Voraussetzungen für eine erfolgsversprechende Integration zu schaffen. Deshalb haben in unserer Gemeinde Verwaltung und Gemeinderat sehr frühzeitig die Notwendigkeiten erkannt und den Kopf nicht in den Sand gesteckt. Die Bemühungen um eine möglichst dezentrale und damit integrationsfördernde Unterbringung waren in 2015 sehr erfolgreich. Dies reicht aber für die Zukunft nicht aus. An weiteren Standorten für den Bau von kompakteren Wohneinheiten kommen wir mittelfristig sicher nicht vorbei. Und nicht nur, weil die Zahl der Unterbringenden dies erforderlich macht, sondern auch, weil nur so eine gezielte Betreuung der Menschen möglich ist. Nach wie vor gehe ich davon aus, dass wir 2016 zunächst aufgrund der aktuell 600 Flüchtlinge in der KIT-Kantine und der 325 in der kommenden Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises Am Schröcker Tor keine Personen zur Anschlussunterbringung zugewiesen bekommen. Aber spätestens ab 2017 werden wir, wie alle Landkreiskommunen, bei der Anschlussunterbringung gefordert sein. Hierfür müssen an den ausgewählten Standorten schon jetzt die Vorbereitungen getroffen werden. Dabei hilft der Einwand „Ich habe nichts gegen Flüchtlinge, wegen der Integration nicht im Außenbereich, aber auch nicht bei mir vor der Haustür“ natürlich wenig.

Die Standorte, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurden nach intensiver Vorarbeit durch die Verwaltung ausschließlich nach sachlichen Merkmalen und mangels besserer Alternativen ausgewählt und nicht nach einer möglichst weiten Entfernung von den Wohnungen der Damen und Herren des Gemeinderates, wie leider von einigen unverbesserlichen Stimmungsmachern behauptet wird. Am nächsten Dienstag haben wir den Bauantrag zur Kruppstr. sowie eine Bauvoranfrage zum Hagsfelder Weg beim ehemaligen Pumpenhäuschen auf der Tagesordnung des AUT. Dabei geht es aber nicht um eine grundsätzlich neue Entscheidung über Standorte, sondern lediglich um die baurechtlichen Aspekte, wie sie auch für alle privaten Bauvorhaben abzuarbeiten sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weder Bürgermeister noch Gemeinderäte und Verwaltungsmitarbeiter sind so blauäugig zu meinen, dass die Unterbringung und Betreuung so vieler Flüchtlinge völlig reibungslos ablaufen kann. Natürlich wird es subjektive, also gefühlte, und tatsächliche Auswirkungen geben. Dies zeigen die Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden, wobei aber auch klar zwischen den Unterbringungsstufen Erstaufnahme, Folge- und Anschlussunterbringung zu unterscheiden sein wird. Ebenfalls dürfen aus meiner Sicht die Flüchtlinge nicht pauschal be- und insbesondere nicht verurteilt werden, weil sich darunter, wie bei uns auch, leider Menschen befinden, die sich nicht an die Regeln oder Gesetze halten. Das heißt aber nicht, dass gegen solche nicht konsequent vorgegangen werden muss – Vorfälle, wie am Kölner Bahnhof und andernorts sind keinesfalls hinnehmbar. Ängste und Bedenken der Bürger müssen ernstgenommen werden, keine Frage; aber das pauschale Schüren von Ängsten und Fremdenfeindlichkeit aus ganz anderen Beweggründen ist ebenso unverantwortlich. Neben der Schaffung eines geeigneten Lebensumfeldes und einer intensiven Betreuung sind auch Polizei und Justiz gefordert, einerseits präventiv Vorsorge zu treffen und andererseits die rechtlichen Möglichkeiten im Bedarfsfall auszuschöpfen oder sie, wenn nötig zu

schaffen. Dies ist auch im Sinne der Vielzahl von Flüchtlingen, die nichts wollen als in Sicherheit zu leben und bereit sind sich bei uns zu integrieren.

Käme jemand auf die Idee den deutschen Bundestag aufzulösen, weil sich ein Abgeordneter als Pä-dophiler herausgestellt hat? Wird die katholische Kirche verboten, weil bei den Regensburger Doms-patzen Geistliche über Jahrzehnte hinweg Kinder missbraucht haben? Gibt es zukünftig keine Fuß-ballbundesligaspiele mehr, weil so genannte Fangruppen sich gezielt zu Schlägereien verabreden und randalieren? Schließen wir alle Diskotheken und Jugendclubs, weil dort mit Drogen gehandelt wird? Wird gar das Autofahren untersagt, weil es trotz klarer Rechtslage Menschen gibt, die unter Alkoholeinfluss andere Verkehrsteilnehmer gefährden? Nein, sicherlich nicht – und das zu Recht und mit der Begründung, dass dann eine Mehrzahl von Unschuldigen für das Fehlverhalten anderer be-straft würden.

Viele bei uns glauben immer noch, dass es uns in Deutschland ohne Ausländer besser ginge, dass wir uns viel mehr abschotten müssten. Sind wir dann auch bereit auf mehr als die Hälfte unseres Wohl-stands als erfolgreiche Exportnation zu verzichten? Verbringen wir dann zukünftig unseren Urlaub im Schwarzwald oder an der Ostsee, statt in den vielen Ferienanlagen rund um das Mittelmeer? Wollen wir bei einem Ausflug ins Elsass zukünftig wieder eine intensive Grenzkontrolle über uns ergehen lassen? Sind wir am Ende bereit zu akzeptieren, dass Despoten und Glaubensfanatiker in Afrika und Nahost mit den von uns gelieferten modernen Waffensystemen Gräueltaten an unschuldigen Zivilisten begehen? Wir Deutschen können die Welt sicherlich nicht im Alleingang retten, aber können wir uns mit möglichst hohen Grenzzäunen verbarrikadieren und gemütlich vom Fernsehsessel aus zuschau-en? Nein, sicherlich nicht – wir brauchen unsere ausländischen Mitbürger, wir brauchen internationale Zusammenarbeit und wir haben die Pflicht uns in der Welt zu engagieren – wir dürfen aber auch so selbstbewusst sein, zu verlangen, dass der, der bei uns leben will, unsere Gesellschaftsordnung ak-zeptiert.

Wir werden seitens der Verwaltung alles in unserer Macht stehende dafür tun, unsere örtliche, ganz direkte Herausforderung für beide Seiten, die Flüchtlingen und die Mitbürgerinnen und Mitbürger, posi-tiv zu bewältigen. Dies wird eines hohen personellen Einsatzes und nicht unerheblicher finanzieller Mittel bedürfen, auch wenn seitens der Bundes- und der Landesregierung eine stärkere Unterstützung der Kommunen versprochen wurde. Mir wäre es da schon recht, wenn die vielen kleinen Dinge, die tagtäglich zu verbessern sind, schneller und effektiver erledigt würden.

So warten wir mittlerweile bereits seit einem halben Jahr darauf, dass der Rad- und Fußweg entlang der Landesstraße zum KIT beleuchtet wird – eine in einem Hochtechnologieland sicherlich nicht allzu anspruchsvolle Aufgabe. Darüber hinaus sind wir dankbar für die Bereitschaft vieler Einwohnerinnen und Einwohner zum ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe. Wir setzen darauf, dass diese Bereitschaft auch in Zukunft praktiziert wird.

Ich bin gespannt, wie die Flüchtlingsfrage insbesondere im Vorfeld der für März anstehenden Land-tagswahl auf der politischen Ebene weiter diskutiert werden wird. Wir als Wähler haben jetzt die gute Möglichkeit unsere Landespolitiker und Kandidatinnen und Kandidaten zu ihren Vorstellungen zu be-fragen und Alternativen, besonders auch im Hinblick auf ihre Realisierungsmöglichkeiten, zu bewer-ten.

A pro Po Landtagswahl; natürlich werde ich mich heute nicht in den Wahlkampf einmischen. Als Bür-germeister sei es mir aber erlaubt, auf die Bedeutung dieser Wahl gerade für die Kommunen hinzu-weisen, denn es geht nicht einfach darum, wer in den nächsten Jahren in Stuttgart den Ministerpräsi-denten stellt. Die Städte und Gemeinden sind über zwei Schienen ganz eng mit der Landespolitik verbunden, letztlich abhängig von ihr. Einmal ist dies der Finanzausgleich, über den das Land auch Bundesmittel an seine Kommunen weitergibt. Darüber werden nicht nur die Steueranteile verrechnet,

sondern z.B. auch die Landeszuschüsse zur Kinderbetreuung zugewiesen. Es hilft den Kommunen nicht, wenn zusätzlich versprochene Landesmittel den Kommunen bei diesem Finanzausgleich vorab wieder abgezogen werden. Zum anderen sind sehr viele Gesetze, die im Land verabschiedet werden, natürlich von den Kommunen praktisch umzusetzen und leider Großteils auch mit kommunalen Mitteln zu finanzieren, da wir noch weit von der vollständigen Realisierung des Konnexitätsprinzips, also dem Grundsatz „Wer bestellt, der zahlt“, entfernt sind. Beispielhaft sei die jüngste Wahlkampforderung genannt „den Kindergarten stufenweise kostenlos anzubieten“. Ich befürchte, es werden in den nächsten Wochen noch einige Wohltaten angekündigt. Ob genauso ehrlich über die Finanzierung gesprochen wird, bleibt abzuwarten oder ist von den kritischen Nachfragen des Wahlvolkes abhängig.

Was wir schon rechtswirksam für 2016 aus Stuttgart unter den Schlagworten „Stärkung der politischen Willensbildung und Bürgerbeteiligung“ mit der Änderung der Gemeindeordnung bekommen haben, wird sich unabhängig davon, ob man den Bedarf tatsächlich sieht, in einem enormen zusätzlichen Aufwand in den Kommunalverwaltungen niederschlagen. Unser Hauptamt wird darüber noch detailliert informieren. Und dafür gibt es mit Sicherheit kein Geld vom Land.

Das Thema Finanzen ist jedes Jahr nicht nur beim Jahresempfang ein dankbares. Einige Landkreis-kommunen haben ihre Haushaltsberatungen inzwischen abgeschlossen, bei anderen laufen sie und bei manchen werden sie erst in den folgenden Wochen die Gremien beschäftigen. Liest man die bisherige Berichterstattung in den Medien hierzu, ergibt sich unisono der gleiche Tenor – trotz angeblich sprudelnder Steuerquellen können die laufenden Haushalte kaum noch oder gar nicht mehr ausgeglichen werden. Das ist das Resultat daraus, dass eben diese Steuereinnahmen zwar tatsächlich steigen, jedoch wesentlich geringfügiger als die Steigerung der Ausgaben, die den Kommunen zum überwiegenden Teil von außen aufgedrückt werden, die sie nur zum geringen Teil beeinflussen können. Natürlich sind nicht nur „die Anderen“ schuld – auch intern sind Verwaltungen und Gemeinderat gefragt Ausgaben zu hinterfragen. Allerdings ist die alte Methode - da ein paar Kosten sparen, dies billiger machen - schon lange nicht mehr erfolversprechend. Dies haben viele von Gemeinden oder Gemeinderatsgremien euphorisch eingerichtete Kostensenkungskommissionen gezeigt, denn sie waren, wenn man ehrlich ist, alle relativ erfolglos. Den laufenden Haushalt in Ordnung bringen kann eine Gemeinde neben der begrenzt vertretbaren Erhöhung von Einnahmen lediglich durch eine konsequente Aufgabenkritik, also die vorbehaltlose Überprüfung aller erbrachten Leistungen auf ihre Notwendigkeit. Dies, meine Damen und Herren, ist genauso unpopulär wie Steuer- und Gebührenerhöhungen, bedeutet es doch am Ende den Verzicht auf liebgewordene Leistungen der Gemeinde gegenüber der Einwohnerschaft in unterschiedlicher Ausprägung. Zusätzlich belasten werden unseren laufenden Haushalt auch die gestiegene Kreisumlage und die anteiligen Kosten am ÖPNV.

Der zweite Bereich der Gemeindefinanzen ist das Investitionsprogramm und dessen langfristige Finanzierung. Deshalb macht hier auch die Betrachtung ausschließlich des anstehenden Haushaltsjahres nur eingeschränkt Sinn. Deshalb ändert sich die Gesamtlage auch nicht von Jahr zu Jahr. Es gilt also im Wesentlichen das bei der Haushaltsverabschiedung 2015 Diskutierte und Beschlossene auch für 2016 und die Folgejahre. Trotz nach wie vor historisch guten Rücklagen wird eine Kreditaufnahme im Kernhaushalt in absehbarer Zeit unvermeidlich sein – an den großen Investitionsbrocken, der Gemeinschaftsschule, dem Kindergarten Hauptstraße und der Umsetzung des Straßensanierungsprogramms sowie der Flüchtlingsunterbringung und dem erweiterten Platzbedarf für die Verwaltung hat sich nichts geändert. Gestaltet sich der Vermögenshaushalt für das abgelaufene Jahr 2015 besser als geplant, so liegt das zunächst an zusätzlichen Einnahmen aus Grundstücksverkäufen im Gewerbegebiet aufgrund der Bereinigung von Erbpachtverhältnissen aber im Wesentlichen daran, dass längerfristige Baumaßnahmen zwar begonnen, aber noch nicht abgeschlossen oder abgerechnet sind. Dies ist dann aber lediglich eine Verschiebung ins kommende Haushaltsjahr.

Wie die meisten von Ihnen wissen, sind insbesondere die beiden Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wesentlich fremdfinanziert. Allerdings refinanziert sich die Gemeinde, an-

ders als bei den defizitären Leistungen im Kernhaushalt, zu 100 % über die erhobenen Gebühren. Solange sich diese in vertretbarem Rahmen bewegen ist eine Kreditfinanzierung, zumal wenn sie beim heutigen Zinsniveau langfristig abgesichert ist, kein Teufelszeug. Nach mehr als zähen Verhandlungen mit dem KIT ist es inzwischen gelungen das Wasserwerk Tiefgestade zu übernehmen. Ein notwendiger Schritt, da das Wasserwerk schon lange in unser Gesamtversorgungssystem unverzichtbar eingebunden ist. Die notwendige Sanierung macht jedoch nur einen Sinn, wenn die Gemeinde als Eigentümer auch Herr des Verfahrens ist und nicht weiterhin hohe Pacht bei geringer Gegenleistung zu bezahlen hat.

Die Kanalsanierung muss eigenständig und im Rahmen des Straßenbaus konsequent fortgesetzt werden, hier wollen wir uns keinen Sanierungsstau zulasten folgender Generationen leisten.

Wie jedes Jahr hat die Verwaltung dem Gemeinderat im November bei einer Klausursitzung die anstehenden Themen und Fragestellungen erläutert, damit sich die Fraktionen intern auf die Haushaltsberatungen vorbereiten können. Neben den bekannten Maßnahmen steht in 2016 die Neufassung des Forsteinrichtungswerks für den Gemeindewald, also die diesbezügliche 10-Jahres-Planung, an. Weiterhin wird die Entwicklung unserer Gemeinde in baulicher Hinsicht zu diskutieren sein. Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe, dem wir angehören, ist bezüglich der Gewerbeflächen in seinen letzten Zügen, zum Thema Wohnbauflächen ist die Verbandverwaltung derzeit mit ersten Planentwürfen beschäftigt. Aufgrund der Tatsache, dass bei uns zur Zeit weder Wohnbau- noch Gewerbeflächen zur Verfügung stehen, wird man sich über die zukünftige Entwicklung, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit, intensiv Gedanken machen müssen. Unzweifelhaft sind auch die aktuellen Fragen des bezahlbaren Bauens und des sozialen Wohnungsbaus zu berücksichtigen. Die Nachfrage jedenfalls ist in beiden Bereichen noch immer sehr stark.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben der laufenden Aufgabe eine optimale Kinderbetreuung als Angebot an unsere jungen Familien sowohl im Kleinkind- als auch im Kindergarten- und Schulalter vorzuhalten, zeigt der gerade vom Landkreis herausgegebene Kreispflegeplan 2020 einen zukünftigen Bedarf an stationären Pflegeplätzen im Einzugsbereich von Eggenstein-Leopoldshafen und Linkenheim-Hochstetten. Die Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes sieht alleine bei uns eine Steigerung der „Über 80jährigen“ um fast 50% auf 1.235 Personen vor. Bei einer aktuellen Gesamtplatzzahl von 220 stationären Pflegeplätzen und einem prognostizierten Bedarf von 346 werden wir uns, auch gemeinsam mit der Nachbargemeinde, über Lösungen für den kommenden Zusatzbedarf von rund 125 stationären Plätzen unterhalten müssen.

Im Vorfeld des heutigen Empfangs wurde ich gefragt, ob ich auch zum Presseartikel bezüglich der Hauptstraße vor einigen Wochen etwas sagen werde. Eigentlich hatte ich dies nicht vorgesehen. Deshalb nur einige wenige Sätze. Wenn im Artikel zitierte Einzelhändler sich wegen mangelnder Parkplätze beschwerten und gleichzeitig 3 von 4 Plätzen direkt vor ihrem Geschäft mit eigenen Fahrzeugen, Anhängern und Werbetafeln blockieren oder andere sich als Sprecher aller hervortun, wobei direkt vor ihrem Geschäft lediglich öffentliche Stellplätze angeboten werden und die eigenen, nachzuweisenden im Hinterhof niemals von Laufkundschaft frequentiert werden, versteht der interessierte Zuhörer vielleicht besser das verkürzte Zitat meiner Referentin, das sinngemäß lautete: „Wir sollten keine Probleme herbeireden, wo keine sind“. Es gäbe noch mehr Beispiele. Am Ende schadet aber diese Art der Kritik vor allem denjenigen, die ein echtes Problem haben und denen einfach aufgrund der örtlichen Verhältnisse nicht wirklich geholfen werden kann – sie werden auch nicht ernst genommen.

Erlauben Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein paar Worte in eigener Sache, nämlich der der Gemeindeverwaltung. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten im Jahr 2015 sicherlich keinen leichten Job, wie man so salopp sagt. Neben dem Tagesgeschäft, das bürgerfreundlich, aber auch wirtschaftlich abgewickelt werden muss, waren viele Projekte und Maßnahmen zu

managen und Gemeinderatsbeschlüsse umzusetzen. Dabei hatten wir Ausfälle durch Langzeiterkrankungen und Elternzeiten zu kompensieren und mussten uns aufgrund der Lage am Arbeitsmarkt damit abfinden, dass nicht alle freien Stellen schnell und qualifiziert wiederzubesetzen waren. Wir waren erstmals von einem Streik im Erziehungsbereich direkt betroffen. Ich glaube aber sagen zu dürfen, dass wir auch in 2015 erfolgreich zum Wohl unserer Einwohnerschaft gearbeitet haben. Das Jahr 2016 wird ein Jahr der Konsolidierung, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen umfangreich eingearbeitet werden, weitere gefunden, damit die Personalkapazität für die Bewältigung der zukünftigen Anforderungen ausreichend ist. Damit einhergehend müssen wir Lösungen für die prekäre Raumsituation in der Verwaltung finden, da wir mittlerweile mehr als beengte Verhältnisse in einigen Bereichen dringend verbessern müssen.

Und damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich zum Schluss meiner heutigen Ausführungen kommen, aber nicht ohne noch einen Aspekt anzusprechen, der aus meiner Sicht für eine funktionierende Ortsgemeinschaft prägend ist – das überaus lobenswerte ehrenamtliche Engagement. Ohne dieses wäre das Lebensumfeld für und das Angebot an unsere Einwohnerschaft wesentlich ärmer. Trotz vieler Unkenrufe ist das Ehrenamt, besser das bürgerschaftliche Engagement, bei uns hervorragend. Immer wieder finden sich Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Aufgaben übernehmen, insbesondere auch dann, wenn verdiente Kräfte ihre Tätigkeit beenden. Bestes Beispiel ist unsere Gemeindefeuerwehr, die im Spätjahr bei den Neuwahlen der Führungskräfte eine hervorragende Mischung aus bewährten und Nachwuchskräften gefunden hat und damit auch personell die Zukunft sichern konnte.

Aber nicht nur bei der Feuerwehr, auch in vielen Vereinen hat ein Generationswechsel stattgefunden oder steht unmittelbar bevor. Ich möchte alle Vereinsmitglieder dringend bitten, diejenigen, die ihre Freizeit für den Verein opfern, nach Kräften zu unterstützen. Ein herzliches Dankeschön darf ich an dieser Stelle auch dem Ortskartellvorsitzenden Mario Schönleber sagen, der es im vergangenen Jahr geschafft hat, die Eggensteiner und Leopoldshafener Vereine und Organisationen von der Sinnhaftigkeit eines gemeinsamen Ortskartells und damit von einer noch engeren Zusammenarbeit zu überzeugen. Mein ganz persönlicher Wunsch, nämlich dass mit dem Zusammenschluss der beiden Ortskartelle auch eine neue, nicht so anrühige Bezeichnung wie Kartell gefunden wird, hat sich leider nicht erreichen lassen. Dies kann ich aber sicherlich verschmerzen. Ich hoffe vielmehr, dass zukünftig die Zusammenarbeit der Vereine und der Gemeindeverwaltung für unseren Ort noch besser koordiniert werden kann.

Nicht nur in traditionellen Vereinen und Organisationen gibt es bürgerschaftliches Engagement. Viele alte und neue Tätigkeitsfelder werden von Ehrenamtlichen in beispielhafter Weise betreut – von der Seniorenbetreuung, inzwischen auch durch unseren Seniorenrat, über die Agenda-Arbeitsgruppen Umwelt, Verkehr und Ortsgeschichte sowie die ehrenamtlichen Handwerker bei Heimathaus bis hin zur neu gegründeten Flüchtlingshilfe – überall setzen sich Mitbürgerinnen und Mitbürger für ihre Ortsgemeinschaft ein. Dies verdient höchste Anerkennung. Erlauben Sie mir bitte die Nebenbemerkung, auch das Amt des Gemeinderates ist eine ehrenamtliche Tätigkeit, die viel Engagement fordert und Verantwortung bedeutet. Das wird aus meiner Sicht leider noch immer viel zu wenig anerkannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Jahr 2016 wird ein Jahr mit viel Arbeit um die Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Ich möchte aber zum Schluss nicht unerwähnt lassen, dass wir bis Juni aber auch noch das Jubiläumsjahr haben und damit einen herausragenden Grund auch zu feiern. Die bisherigen Jubiläumsveranstaltungen waren, wohl nicht nur aus meiner Sicht, ein voller Erfolg und haben unseren Anspruch „Ein Fest von Bürgern für Bürger“ hervorragend erfüllt. Mein besonderer Dank gilt allen, die auf verschiedenste Weise zum Gelingen beigetragen haben. Auch in den nächsten 6 Monaten gibt es noch eine Vielzahl von Angeboten, die wahrzunehmen ich Sie herzlich einlade. Die Veranstalter werden sich auch weiterhin alle erdenkliche Mühe geben.

So ganz ohne gerade ihre Mithilfe als Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Vereine und Organisationen geht es allerdings nicht. So ist beim Abschlusswochenende am 5. Juni ein großer historischer Umzug vorgesehen. Die Planungen und Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Historische Themen für einzelne Zugnummern sind erarbeitet. Hierfür brauchen die Organisatoren noch Gruppen, die bereit sind einen Wagen oder eine Fußgruppe entsprechend zu gestalten. Wenn Sie Interesse haben und sich informieren wollen, steht Ihnen der Projektleiter Mario Schönleber nachher im hinteren Bereich der Rheinhalle gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung. Ursel Schneider eröffnet Ihnen dort auch die Möglichkeit die Chroniken und die Ortssippenbücher zu erwerben, falls Ihnen das eine oder andere Stück noch fehlt.

Ich darf Sie bitten, unseren Umzug zum Jubiläumsabschluss durch ihre Mitwirkung zu bereichern und danke im Voraus ganz herzlich dafür.

Eine Ankündigung darf ich nicht vergessen – heute ab 15 Uhr wird unser Museumsleiter die neue Sonderausstellung unter dem Titel „Der Weg ins Wirtschaftswunder“ im Heimatmuseum vorstellen. Falls Sie heute Nachmittag nichts anderes vorhaben, kann ich Ihnen den Besuch der Eröffnung nur empfehlen. Wolfgang Knobloch wird die Exponate vorstellen und weiß sicherlich auch über viele Hintergründe aus unserer Gemeinde zu berichten.

Sehr verehrte Damen und Herrn, jetzt habe ich Ihre geschätzte Aufmerksamkeit aber wirklich lange genug in Anspruch genommen. Ich bin mir bewusst, dass gerade das Flüchtlingsthema die öffentliche Diskussion in den nächsten Wochen und Monaten dominieren wird. Das ist auch gut so, denn der freie Meinungs Austausch ist ein wesentliches Element unserer Demokratie. Ich habe nur eine persönliche Bitte an Sie, als respektierte Persönlichkeiten in unserer Gemeinde. Bitte tragen Sie mit eigener Besonnenheit bei diesen Diskussionen dazu bei, dass Kräfte, die lediglich eigene oder rein fremdenfeindliche Zwecke verfolgen, bei uns nicht die Oberhand gewinnen und unsere Einwohnerschaft spalten.

Ich wünsche uns ein erfolgreiches Jahr 2016 – ganz in Sinne unseres Gemeindemottos „Wohlfühlen in Vielfalt“, ich danke für Ihr heutiges Kommen und wünsche uns allen noch gute Gespräche und freundschaftliche Begegnungen.

Herzlichen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit